

# **Wahrheit und Versöhnung?**

## **Zum Umgang mit der DDR - Geschichte**

### **Inhalt**

Eine Dokumentation der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung ( GRH ) e.V.

November 2018

Beiträge und Collagen aus [mfs-insider.de](http://mfs-insider.de); [linkesufer.de](http://linkesufer.de);

**SIE FÜRCHTEN NICHT DAS WIEDERERSTEHEN DER  
DDR – SIE FÜRCHTEN SICH VOR DER WAHRHEIT**



**„Wer die Erinnerung eines Menschen, aber auch eines Volkes beherrscht, beherrscht auch diesen Menschen oder dieses Volk. In den Geschichtsbüchern steht immer auch Politik, um Denkmäler entbrennen politische Auseinandersetzungen, welche Akten in Archiven verstauben, welche von Behörden gepflegt und verwaltet werden, ist eine politische Entscheidung.**

**Das hat auch die deutsche Wiedervereinigung gezeigt, in der Untugenden der Stasi öffentlich gemacht wurden, während die Geheimnisse des BND Geheimnisse bleiben durften.**

**( Aus „Flüchtling oder unauslöschlich, kostbar oder qualvoll: Die Magie der Erinnerung“ Dr. Wolfgang Schmidtbauer, München )**

## **Wahrheit und Versöhnung ?**

### **Zum Umgang mit der DDR-Geschichte**

Berlin, im November 2018

## Vorwort

Neue und ungewohnte Töne waren in der Bundestagsdebatte am 27.09.2018 zu vernehmen.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Christian Hirte, schätzte ein: *„Differenzen, die wir in ganz Europa wahrnehmen, ziehen sich ein Stück weit auch durch unser Land. Nicht alles können wir dabei mit 40 Jahren SED-Diktatur erklären, sondern hier wirken die Erfahrungen der 90er Jahre noch immer nach. Nicht alles, was in dieser Zeit geschah, war segensreich.“*

Der Ostbeauftragte der SPD und sächsische SPD-Vorsitzende Martin Dulig stellte fest: *„Die Nachwendezeit ist vorbei, Ihre Aufarbeitung beginnt aber erst jetzt. Es war ein zentraler Fehler, über die damaligen Umbrüche, die Kränkungen und die Ungerechtigkeiten nicht öffentlich zu debattieren. Es wird Zeit, über die Form und Fehler des Systemwandels zu sprechen, der damals unter marktradikalen Vorzeichen ablief. Ich habe daher vorgeschlagen, eine gesamtdeutsche Wahrheits- und Versöhnungskommission einzusetzen.“* (Vgl. „Das Parlament“ Nr. 40-41 vom 01. Oktober 2018 – Debattendokumentation)

Auch ein Insider der Aufarbeitungsindustrie, BStU-Mitarbeiter und Bewerber für einen freierwerbenden Posten in Berlin-Hohenschönhausen, Ilko-Sascha Kowalczyk, meldete sich in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. Er führte u.a. aus: *„Diese Geschichte von Leid, Opfern, Unterdrückung und Widerstand erreichte die Gesellschaft nicht, es war nicht ihre Geschichte, noch schlimmer: Es wurde nicht ihre Geschichte... Aufarbeitung muss den Menschen gerecht werden, nicht den Aufarbeitern. Die DDR-Aufarbeitung sollte nun, fast dreißig Jahre nach dem Mauerfall, beginnen, die ganze Palette der DDR-Gesellschaft und die Transformationsgeschichte verknüpft zu erzählen. In dieser Aufarbeitung müssen alle Erfahrungsräume Platz finden“* (SZ vom 22. 10. 2018).

Solche Einsichten kommen nicht von ungefähr. Sie sind nur vor dem Hintergrund des sichtbaren Vertrauensverlustes der Regierungsparteien, der sich vertiefenden Spaltung der Gesellschaft und des unaufhaltsamen Vormarsches rechtspopulistischer Kräfte – besonders in Ostdeutschland - zu erklären. Ob es sich dabei um Beschwichtigungsversuche, politisches Taktieren oder gar um einen Neuanfang bei der Betrachtung der Geschichte der DDR handelt, wird sich zeigen, z.B. auch daran, ob der angedachte Kulturwandel in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen neben der Vermeidung sexueller Übergriffe auch dazu führt, wenigstens ein Minimum an Seriosität herzustellen und auf offenkundige Lügen, Verleumdungen und einen öffentlichen Pranger für ehemalige Angehörige des MfS zu verzichten.

Auf den Prüfstand gehört aber zweifellos eine Behörde, die seit 1990 weit mehr als zwei Milliarden Euro an Steuergeldern (mehr als das 80-fache der Ausgaben für die „Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen“) verschlungen hat, die Behörde des Bundesbeauftragten für die „Stasi-Unterlagen“.

Die GRH hat 21 Fragen zu Sinn, Aufgaben und zur Zukunft dieser Einrichtung formuliert, die zugleich grundsätzliche Fragen des künftigen Umgangs mit der DDR-Geschichte sind. Diese Fragen, wie auch das entsprechende Anschreiben nachfolgend dokumentiert, wurden am 21.06.2018 an den Leiter dieser Behörde, Roland Jahn, und als Kopien der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Katrin Budde, den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Stephan Brandner, und den Wissenschaftlichen Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Prof. Dr. Klaus Schröder, zugesandt.

Am 19.10.2018 fand ein Gespräch statt, zu dem Roland Jahn eingeladen hatte und an dem Hans Bauer, Dr. Rein-

hard Grimmer, Karl Rehbaum und Wolfgang Schmidt teilnahmen. Allein, dass dieses Gespräch überhaupt stattfand, ist eine kleine Sensation, hatten doch die Vorgänger von Roland Jahn solche Gespräche stets abgelehnt und Angehörigen des MfS jegliche Berechtigung abgesprochen, als Zeitzeugen an der Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des MfS teilzunehmen.

Niemand konnte erwarten, dass es in diesem Gespräch zu einer ideologischen Verbrüderung zwischen den Gesprächspartnern kommen könnte. Fundamentale Gegensätze wurden nicht geleugnet. Trotzdem waren in dem etwa einstündigen Gespräch, welches sachlich und offen geführt wurde, auf die uns vor allem bewegende Frage, wie lange noch die BStU die "Aufarbeitung" in der bekannten Art fortsetzen will, von Roland Jahn überraschende Einschätzungen und Feststellungen zu vernehmen.

Angesichts der Spaltung der Gesellschaft und des wachsenden Einflusses rechtsextremistischer Tendenzen sei ein politischer Diskurs notwendig, an dem sich auch die ehemaligen Angehörigen des MfS beteiligen sollten. Diese Beteiligung sollte nicht an demütigende Bedingungen geknüpft werden. Es sei besser von Verantwortung als von Schuld zu sprechen. Sicher wäre niemand Mitarbeiter des MfS geworden, weil er Menschen quälen wollte. Das „Täter-Opfer-Klischee“ sei für das Geschichtsverständnis ungeeignet. Notwendig sei der Respekt vor den Biografien der Menschen. Auch müsse die Geschichte in der Wechselwirkung der Aktionen der beiden deutschen Staaten verstanden werden.

Erwartungsgemäß wurden die aufgeworfenen 21 Fragen nicht beantwortet und eine Beantwortung auch nicht in Aussicht gestellt. Mit dieser Publikation machen wir sie nunmehr öffentlich.

Ebenfalls veröffentlichen wir einen Brief an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Prof. Monika Grütters, in dem zum angestrebten Kulturwandel in der Gedenkstättenarbeit Stellung genommen wird.

Wir sehen mit diesen Initiativen einen Beitrag, 28 Jahre nach dem Ende der DDR endlich zu einem sachlichen und vernünftigen Umgang mit der DDR-Geschichte zu kommen und die Ausgrenzung großer Gruppen der DDR-Bevölkerung in der heutigen Gesellschaft zu überwinden.

**Hans Bauer**  
**Karl Rehbaum**

**Dr. Reinhard Grimmer**  
**Wolfgang Schmidt**

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.  
Der Vorsitzende

Bundesbeauftragten  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik  
Herrn Roland Jahn  
Karl-Liebknecht-Straße 31/33  
10178 Berlin

Berlin, den 21. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Jahn,

als Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) vertreten wir jenen Teil der Bevölkerung Deutschlands, der seit Herstellung der staatlichen Einheit ausgegrenzt, diffamiert, sozial abgestraft und diskriminiert wird. Es sind Menschen, die für die DDR Verantwortung getragen haben und denen insbesondere eine Zusammenarbeit in und mit dem Ministerium für Staatssicherheit zur Last gelegt wird. Ihre Lebensleistungen werden verunglimpft, demokratische Gesinnung wird ihnen abgesprochen, berufliche und politische Karrieren werden verhindert.

An diesem seit einem Vierteljahrhundert andauernden Zustand hat Ihre Behörde entscheidenden Anteil. Als Instrument dafür dienen die Unterlagen des MfS. Mit ihrer Nutzung soll die DDR vor allem durch Dämonisierung des MfS delegitimiert werden.

Solche Erwartungen haben sich allerdings nicht erfüllt. Große Teile der Bevölkerung Ostdeutschlands erinnern sich vor allem an die Friedenspolitik, den konsequenten Antifaschismus und die sozialen Errungenschaften der DDR.

Auch als Institution der politischen Bildung und als Einrichtung der Forschung hat sich Ihre Behörde als untaug-

lich erwiesen. Wesentliche Prinzipien der Auswertung der Unterlagen, wie gründliche Recherche, Sorgfaltspflichten, Angemessenheit, Neutralität und Vollständigkeit werden vernachlässigt; ebenso relevante Zusammenhänge ausgeblendet.

Das gegenwärtig offensichtliche Bemühen, die Fixierung auf das MfS zu relativieren und sich stärker auf Staat, SED und DDR-Alltag für die Anti-DDR-Hetze zu fokussieren, wird die Konflikte in der Gesellschaft verstärken und die Spaltung weiter vertiefen.

Die politisch Verantwortlichen müssen entscheiden, ob sie den Weg der Spaltung und des Unfriedens in Deutschland fortsetzen wollen.

Wir meinen jedenfalls, dass es dringend geboten ist, neue Wege in der Bewertung und Bewältigung der Vergangenheit beider deutscher Staaten zu gehen.

Wir haben uns deshalb erlaubt, 21 Fragen zur Arbeit der BStU und darüber hinaus zu formulieren. Die als Anlage beigefügten Fragen sollen bei Verantwortlichen und in der Öffentlichkeit zum Nachdenken anregen.

Für eine Positionierung zu den aufgeworfenen Fragen wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Hans Bauer

PS: Diesen Brief mit den Fragen haben wir zur Kenntnis übersandt an  
die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters;  
die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Katrin Budde;  
den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Stephan Brandner;  
den Wissenschaftlichen Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Prof. Dr. Klaus Schröder.

## Frageliste

*„Dem guten Frager ist schon halb geantwortet.“  
(Friedrich Nietzsche)*

### **Frage 1:**

Ältere Mitglieder der GRH erinnern sich an ein vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung veröffentlichtes Bulletin (Nr. 169) mit dem Titel „Memorandum der Bundesregierung – vom 2. September 1956 – zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit“.

Das Memorandum war am 7. September 1956 von den BRD-Botschaftern in Moskau, Washington, Paris und London per Note an die jeweiligen Außenminister übergeben worden. Das Bulletin war zudem in einer komplizierten Phase des „Kalten Krieges“ (Lage in Polen und Ungarn) mit bemerkenswertem medialem Aufwand verbreitet worden. Nach einer ausführlichen Schilderung der damaligen Vorstellungen der Bundesregierung unter Dr. Konrad Adenauer heißt es in diesem Memorandum:

*„14. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teile Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt werden.“*

**Herr Bundesbeauftragter, Sie und die von Ihnen geleitete Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemali-**

**gen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) sind heute als staatliche Institution der BRD für diese Fragen maßgeblich mit zuständig. Wie denken Sie heute über diese damalige Haltung der Bundesregierung? Ist sie heute, nach mehr als einem Vierteljahrhundert der „Wiedervereinigung Deutschlands“, nicht aktueller denn je?**

## **Frage 2:**

Die Behörde des Bundesbeauftragten begann ihre Tätigkeit mit 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Berliner Zentrale und den 14 Außenstellen der damals noch bestehenden Bezirks-Hauptstädte der DDR. Die Behörde entwickelte sich bis Mitte der 90er Jahre zum zentralen BRD-Staatsorgan für die „Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen“ mit bis zu 3200 Beschäftigten und beschäftigte Ende 2016 immer noch 1.600 Mitarbeiter.

Die erst 1958 – also 13 Jahre nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates durch die Alliierten – in der Alt-BRD gebildete „Zentralstelle für die Aufklärung von NS- Verbrechen“ in Ludwigsburg begann ihre Arbeit mit 600 Ermittlungsverfahren und hatte zu Zeiten der größten Arbeitsbelastung im Zeitraum 1967 – 1971 ganze 121 Mitarbeiter und Beschäftigte. 2013 waren es noch 19. Während das faschistische Deutschland Raub- und Eroberungskriege führte und unzählige Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit Millionen Opfern zu verantworten hat, Konzentrations- und Vernichtungslager unterhielt und vom Nürnberger Tribunal völkerrechtlich verurteilt wurde, war die DDR ein geachtetes Mitglied der UNO mit einer aktiven auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik. Ihre Repräsentanten waren ausgewiesene Antifaschisten. Für die BStU mussten die Steuerzahler bisher 2,5 Milliarden Euro aufbringen. Noch heute beschäftigt die BStU zehn Mal mehr Mitarbeiter als die Ludwigsburger Behörde in ihren Spitzenzeiten.

**Wie erklären Sie der Öffentlichkeit die Tatsache, dass die BStU innerhalb von nur vier Monaten ebenso viele Steuergelder in Anspruch nimmt, wie die Ludwigsburger Zentrale Stelle für die Aufklärung der NS-Verbrechen in den 31 Jahren von 1958 - 1989?**

### **Frage 3:**

Die Gleichsetzung der „beiden deutschen Diktaturen“ gehört zu den gebetsmühlenartig wiederholten Prämissen öffentlicher Präsentationen der BStU und gipfelt in Versuchen, die DDR, in der im Gegensatz zum faschistischen Regime keine Menschheitsverbrechen begangen wurden, sogar als den schlimmeren Abschnitt der deutschen Geschichte zu charakterisieren. So wird im 7. Tätigkeitsbericht der BStU verkündet [in Klammern Übersetzung ins Deutsche]:

*„Im Nationalsozialismus hat es eine so elaborierte, institutionell derart verfeinerte und verfestigte Durchherrschung der Gesellschaft, einen solchen sozial-technischen Arkanbereich [Geheimbereich], wie wir ihn nach dem Untergang des Staatssozialismus vorfanden, nicht gegeben (wenn wir von der höchstarbeitsteiligen Vorbereitung und Durchführung des Judenmordes einmal absehen). In diesem Sinne war das Dritte Reich gar keine avancierte [hochrangige] sondern eine atavistische [überholte, primitive] Diktatur.“*

**Glauben Sie ernsthaft, dass die Bilder zerbombter Städte, der Leichenberge und der ausgemergelten Häftlinge faschistischer Konzentrations- und Vernichtungslager, der Erschießungskommandos der SS, der Verbrechen von Lidice und Ouradour, der nach medizinischen Versuchen in Hamburg erhängten Kinder u.v.a.m. auf Dauer durch Bilder vom Arbeitszimmer Erich Mielkes oder von Untersuchungszellen in Hohenschönhausen verdeckt werden können?**

#### **Frage 4:**

Hauptanliegen der BStU war und ist die Aufdeckung der „Verbrechen der SED-Diktatur“. Die Ergebnisse der juristischen Strafverfolgung ehemaliger MfS-Mitarbeiter nach 1990 sind jedoch derart lächerlich, dass die Bundesregierung sich weigert, genaue Zahlen zu veröffentlichen, um die „Opfer“ nicht zu enttäuschen.

**Welche und wie viele Verbrechen (d. h. Verbrechen im strafrechtlichen Sinne, keine moralisierenden Anschuldigungen) wurden auf der Basis der hinterlassenen Akten des MfS aufgedeckt? Konnte die BStU Beweise für angebliche Folter und Mord seitens der MfS-Mitarbeiter vorlegen?**

#### **Frage 5:**

Nach unserer Kenntnis hat das MfS Sachverhalte geprüft und zu Personen ermittelt, bei denen es erste Verdachts Hinweise auf Verletzung von Tatbeständen des Strafgesetzbuches der DDR gab, die in die Zuständigkeit des MfS fielen.

Die Diensteinheiten des MfS hatten sich vor der Entscheidung über eine vorläufige Festnahme bzw. Verhaftung die zugrundeliegende Tatbestandsverletzung des StGB der DDR vom Untersuchungsorgan des MfS (zentral im Ministerium HA IX, in den Bezirken Abt. IX des MfS) mit der Vorlage eines Abschlussberichtes bestätigen zu lassen. Das Untersuchungsorgan wiederum musste sich von der zuständigen Staatsanwaltschaft eine analoge Bestätigung für Maßnahmen wie Zuführung zur Untersuchung/Verhaftung, Hausdurchsuchung u. ä. einholen.

In den Publikationen der BStU wird der Eindruck erweckt, als habe das MfS nur Oppositionelle, Regimegegner und Andersdenkende verfolgt und dabei außerhalb jeglicher Gesetzlichkeit gestanden. Wie das von der BStU herausgegebene Handbuch zur Hauptabteilung Untersuchung des MfS zeigt, sind die tatsächlichen Verhältnisse (so auch

die Zahlen der Inhaftierten und die Gründe der Inhaftierung) genauestens bekannt.

**Warum erfolgen keine Richtigstellungen und Differenzierungen zu den oftmals unsachlichen und verleumderischen Anwürfen gegen das MfS?**

### **Frage 6:**

Wenn in den Medien etwas als besonders gemein, hinterhältig, verrückt oder widerwärtig charakterisiert werden soll, ist nicht selten von „Stasi-Methoden“ die Rede. Die BStU verfügt über nahezu alle Richtlinien, Dienstanweisungen, Berichte über Arbeitsergebnisse und selbst Lehrmaterialien des MfS, in denen Aufgaben, Ergebnisse und Methoden seiner Arbeit umfassend dargestellt sind. Sie sind also über die Methoden des MfS bestens informiert.

**Welche Methoden der Geheimdienstarbeit wurden vom MfS angewandt, die nicht auch von Geheimdiensten der westlichen „Demokratien“ bis heute praktiziert werden?**

**Hat das MfS beispielsweise solche Methoden der heutigen Geheimdienste angewandt, wie**

**Vorbereitung und Unterstützung von Aggressionskriegen;**

**Inszenierung politischer Umstürze;**

**Politische Auftragsmorde;**

**Menschenrechtswidrige Verhörmethoden, wie waterboarding, Einsatz von Lügendetektoren, sog. Wahrheitsdrogen, Verhöre unter Hypnose u. ä.;**

**Wirtschaftssabotage, Arbeit mit agents provocateurs bzw. Aufforderung zu Straftaten?**

## **Frage 7:**

Herr Bundesbeauftragter,  
in Ihrer Vorstellung des 13. Tätigkeitsberichtes (TB) auf der Bundespressekonferenz am 21. März 2017 setzten Sie sich mit Nachdruck ein für die dauerhafte Erhaltung eines eigenständigen „Stasi-Unterlagen-Archivs“ (27 Jahre nach dem „Einigungsvertrag“)

für dauerhafte persönliche Akteneinsichten,

für die Aufhebung der Fristen für die Rehabilitierung von „Opfern“ und vor allem

für den weiteren Erhalt der Möglichkeiten der allseitigen Überprüfung von Personen hinsichtlich Kontakten bzw. Tätigkeiten für das MfS, einem legitimen Staatsorgan der DDR.

**Wer sind in Ihren Augen alles „Opfer“? Auch jene, die als Spione, Saboteure, Diversanten, Terroristen, „Fluchthelfer“, Nazi- und Kriegsverbrecher u. a. nach Straftatbeständen des DDR-Strafrechts (das jedem internationalem Vergleich, bes. auch westlicher Staaten, wie z. B. Frankreich, standhielt) durch DDR-Gerichte verurteilt wurden?**

## **Frage 8:**

Seit Jahr und Tag überschüttet Ihre Behörde die Öffentlichkeit mit einem Schwall von Antragszahlen („Millionen haben ihre Akte gelesen“), die nicht konkret unterlegt werden und letztlich nichts besagen.

Im 13. Tätigkeitsbericht des BStU für die Jahre 2015/2016 wird erstmals eine Zahl genannt, wie viele Antragsteller ihre Akte persönlich eingesehen haben. Das sind weniger als 5 % der Antragsteller. Ausgeblendet werden hunderttausende Fälle, in denen überhaupt keine Akte vorlag. Bei der Masse des vorgefundenen Materials dürfte es sich um Ergebnisse von Sicherheitsüberprüfun-

gen handeln, für die das MfS staatsrechtlich zuständig war und die zu ca. 94 % positiv entschieden wurden. Die Angaben zum Umfang der Akten des MfS wurden seitens der BStU schon mehrfach korrigiert. Der aktuelle Tätigkeitsbericht geht von 111 km Schriftgut aus.

In diesem Schriftgut sind jedoch neben dokumentierten Sicherheitsüberprüfungen überwiegend Akten enthalten, die für die Verteufelung des MfS ungeeignet sind, wie die Personalakten der Mitarbeiter und IM, die Unterlagen der rückwärtigen Dienste, das Nazi-Archiv, andere Dokumente des inneren Dienstbetriebes usw. usf.

**Wann endlich liefern Sie eine aussagefähige und ehrliche Analyse zu den Zahlen der Antragsteller und zum Anteil sog. Opferakten am Aktenbestand des MfS?**

### **Frage 9:**

Die Rekonstruktion zerrissener MfS-Akten mittels Computertechnik wurde vorerst gestoppt, da leistungsfähige Scanner nicht zur Verfügung stehen und der finanzielle Aufwand unverhältnismäßig hoch ist. Unabhängig davon wurden und werden Papierschnipsel seit mehr als zwei Jahrzehnten manuell zusammengesetzt.

**Worin bestehen die Ergebnisse dieser Puzzle-Arbeit? Wurden über die Zusammenfügung einzelner IM-Akten hinausgehende grundsätzlich neue Erkenntnisse über die Arbeit des MfS gewonnen, die den immensen Aufwand rechtfertigen?**

## **Frage10:**

Die BStU erhebt den Vorwurf, das MfS habe Nazi- und Kriegsverbrecher geschont. Umfangreiche Bestände des Nazi-Archivs des MfS wurden von der BStU übernommen.

**Wer von den seitens des MfS angeblich geschonten Nazi- und Kriegsverbrecher wurde nach 1990 vor Gericht gestellt?**

## **Frage 11:**

Prof. Dr. Hansjörg Geiger (ehemals Direktor der BStU und danach Präsident des Bundesverfassungsschutzes und des BND) hat 2015 in einer Stellungnahme angemerkt:

*„Mehr als 25 Jahre nach dem Ende des MfS kann für die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht der wie auch immer von den Stasi-Akten Betroffenen nicht mehr von einer Sondersituation ausgegangen werden, aus der heraus den Betroffenen diesbezüglich noch weiterhin besondere Einschränkungen auferlegt werden könnten.“* Er verwies dabei auf Urteile des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) und die europäische Rechtsprechung.

Auch sog. Bürgerrechtler gingen 1990 davon aus, dass nur für eine „Übergangszeit“ gelten sollte, dass *„eine nachweisliche und bewusste Verstrickung mit dem Apparat der Staatssicherheit“* dazu führt, Personen *„in Vertrauensstellungen im Rechts- und Gesundheitswesen, im politischen, pädagogischen und kirchlichen Bereich sowie für Führungspositionen in anderen Sektoren“* als *„ungeeignet“* zu erklären.

Nach mehr als 25 Jahren ist eine „Übergangszeit“ doch wohl längst abgelaufen.

In diesem Zeitraum sind alle Straftaten außer Völkermord und Mord verjährt und die meisten Straftaten bereits aus dem Strafregister getilgt. Nicht-Straftaten, wie die Zugehörigkeit zum MfS, eine IM-Tätigkeit oder deren Ver-

schweigen nach 1990 werden mit Material der BStU aber noch heute eingesetzt, um persönliche Existenzen zu vernichten und Personen, die keinerlei Straftaten begangen haben, öffentlich anzuprangern und zu diskreditieren.

**Wann ist mit einem Ende dieser Hexenjagd und der Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse zu rechnen?**

### **Frage 12:**

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom Juni 2016 zur dauerhaften Nutzung der Stasi-Unterlagen ist auch ein Auftrag zur Einleitung des Transformationsprozesses der Stasi-Unterlagen-Behörde ausgesprochen worden. Zur Transformation gehört u.a., dass Sie als Bundesbeauftragter zusammen mit dem Bundesarchiv „ein gemeinsames, belastbares Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch eine Überführung des Stasiunterlagenarchivs in das Bundesarchiv“ vorbereiten sollen.

**Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher zur Realisierung dieses Transformationsprozesses eingeleitet und ist damit zu rechnen, dass dieser in absehbarer Zeit abgeschlossen werden kann?**

### **Frage 13:**

Der Kalte Krieg als Merkmal der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wurde bekanntlich von beiden Seiten geführt, war von Aktion und Reaktion und gegenseitiger Beeinflussung geprägt. Die Darstellungen der BStU blenden den Anteil der westlichen Seite fast völlig aus und halten MfS-Dokumente zu den westlichen Diensten weiter unter Verschluss, so dass der Eindruck von Schattenboxen entsteht und einer der beiden Fighter unsichtbar bleibt.

Dokumentiert sind westliche Anwerbungsversuche mit Mitteln der Erpressung und Bestechung, aber auch die

Versagung von Unterstützung von Agenten nach deren Inhaftierung durch das MfS bzw. Verurteilung durch DDR-Gerichte.

Völlig ausgeblendet wird, dass zahlreiche DDR- und Bundesbürger von den westlichen und westdeutschen Geheimdiensten überwacht, ausgespäht und bespitzelt wurden und auch heute noch werden. Besonders offensichtlich wurde das bei der jüngsten gerichtlichen Auseinandersetzung um die Freigabe von Geheimdienstunterlagen der BRD-Geheimdienste über den ehemaligen Ministerpräsidenten der DDR und Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Dr. Hans Modrow.

**Ist damit zu rechnen, dass die umfangreichen Unterlagen des MfS zum Wirken westlicher Geheimdienste und anderer subversiver Organisationen gegen die DDR – soweit sie nicht schon längst in deren Hände gelangt sind – für eine objektive und sachliche Geschichtsschreibung erschlossen werden?**

**Wann ist mit einer Öffnung der Archive der bundesdeutschen Geheimdienste zu rechnen und werden dann Bürger die sie betreffenden Unterlagen nach gleichen Regeln einsehen können, wie die Unterlagen des MfS?**

## **Frage 14**

In der 18. Wahlperiode hat die Fraktion der Partei Die LINKE zwei Anfragen an die Bundesregierung zur Tätigkeit westdeutscher Nachrichtendienste gestellt:

Zur Beobachtung von Funktionsträgern und sonstigen Bürgern der DDR und zur Beobachtung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Massenorganisationen der BRD aufgrund von Kontakten in die DDR. Die Bundesregierung hat in 2015 in zwei Drucksachen darauf geantwortet (Drucksachen DS 18/3773 und DS 18/4779).

Die Antworten lassen viele Fragen offen. Allerdings äußert sich die Bundesregierung in der Drucksache DS 18/3773, Punkt 3, wie folgt:

*„Die Bundesregierung sieht in den Aktivitäten der bundesdeutschen Nachrichtendienste gegenüber der ehemaligen DDR ebenfalls ein wichtiges Element in der Geschichte des Kalten Krieges, das der wissenschaftlichen Erforschung bedarf. Die Bundesregierung sieht es aber nicht als ihre Aufgabe an, diesen Aspekt der Geschichte zu erforschen. Das bleibt der Wissenschaft vorbehalten. Grundlage dieser Forschungen müssen allerdings die Unterlagen der betreffenden Behörden sein, wie das ja auch für die Erforschung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der Fall ist. ... Die Bundesregierung ist auch weiterhin bereit, entsprechende Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung von Aktivitäten der bundesdeutschen Nachrichtendienste gegenüber der ehemaligen DDR nach Kräften zu unterstützen.“*

**Wie stehen Sie zu der Feststellung der Bundesregierung, dass die Forschungen zu den bundesdeutschen Nachrichtendiensten wie die Forschungen zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erfolgen müssen? Sehen Sie sich in der Verantwortung, solche Forschungen mit zu initiieren? Ist Ihnen bekannt, was aufgrund dieser Feststellungen der Bundesregierung bisher veranlasst wurde?**

### **Frage 15:**

In den uns bekannt gewordenen Veröffentlichungen der BStU gibt es so gut wie keine Informationen über die Organisation der umfangreichen Spionagetätigkeiten der BRD-Geheimdienste (angefangen mit der berüchtigten Organisation Gehlen, dem Bundesnachrichtendienst [BND], dem Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz [BVA/LVA], dem Militärischen Abschirmdienst [MAD] und vieler anderer Institutionen, wie die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit [KgU]“, den „Un-

tersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen [UfJ]“, die „Ostbüros“ staatstragender bundesdeutscher Parteien, sowie maßgeblicher westlicher Geheimdienste mit ihren Filialen in der BRD und Westberlin, wie denen der USA [CIA, DIA, INSCOM, NSA u. a.] gegen die DDR und andere damalige sozialistische Staaten.

Dabei waren doch gerade deren umfangreichen und vielfältigen Aktivitäten notwendiger und berechtigter Anlass für die umfangreichen und auch sehr aufwendigen (kostenintensiven) Gegenmaßnahmen der DDR, wie der Spionageabwehr, einschließlich der deshalb notwendigen „Gegenspionage“ des MfS. Auch viele von Ihrer Behörde als „Bespitzelung“ oder „Unterdrückung“ bezeichneten Handlungen des MfS, wie z.B. IM-Einsatz in der BRD/Westberlin und in der DDR, Organisation einer effektiven Einreise- und Postkontrolle, Telefonüberwachung, Funkaufklärung und -abwehr zur Aufdeckung und Verhinderung dieser und anderer Formen der Aggressions- und Wühltätigkeit gegen die DDR waren primär berechtigte und weltweit praktizierte Abwehrmaßnahmen.

Für die Spionageabwehr war im MfS federführend die Hauptabteilung II (der übrigens auch die Abt. „M“/Postkontrolle unterstand), verantwortlich. Es wurden immerhin über 5.000 Spione ausländischer, vorrangig westdeutscher Dienste vom MfS enttarnt und rechtmäßig verurteilt.

**Warum ist die BStU gerade auf diesem Gebiet der legitimen Tätigkeit des MfS mit realen Informationen so zurückhaltend, besser gesagt sprachlos?**

## **Frage 16:**

Die BStU hat bisher immer wieder grundsätzlich abgelehnt, Zeitzeugen aus den Reihen des MfS anzuhören und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse und ihr Wissen in die Aufarbeitung der Geschichte des MfS einzubringen. Eine Konferenz zur Geschichte der Hauptverwaltung Aufklärung wurde in Deutschland verhindert, konnte aber in Dänemark stattfinden. Vertreter westlicher Geheimdienste und westliche Geheimdienstexperten diskutierten hier mit MfS-Mitarbeitern auf gleicher Augenhöhe.

Die BStU beansprucht dagegen die alleinige Deutungshoheit über die Unterlagen des MfS und lehnt entgegen den sonst üblichen Praktiken im Rahmen der politischen Bildung jeden Dialog pauschal ab. Das führt zu extremer Einseitigkeit und ist mit den Grundsätzen seriöser historischer Forschung nicht vereinbar.

**Warum sind Veranstaltungen zur sachlichen Geschichtsaufarbeitung in Deutschland nicht möglich und ist es nicht an der Zeit, die Erforschung der Tätigkeit des MfS in die Hände unabhängiger Wissenschaftler zu legen?**

## **Frage 17:**

Es liegen Hinweise vor, dass von der BStU verwaltete Akten des MfS in größerem Umfang bis zu verplombten Lkw-Ladungen bundesdeutschen, USA- und anderen westlichen Geheimdiensten ohne Sicherung von Kopien übergeben und z.T. außer Landes geschafft wurden.

**Wie groß ist der Umfang derartiger Aktenbestände und warum wurden Sie entgegen der gesetzlichen Bestimmungen des StUG aus den Beständen der BStU entfernt? Ist vorgesehen, solche Akten zurückzufordern?**

### **Frage 18:**

Am 22. April 1991 wurde von einem in Berlin-Tempelhof stationierten Einsatzkommando des US-Militärgeheimdienstes OSI der deutsche Staatsbürger Jens Karney auf offener Straße festgenommen, nach Tempelhof entführt, dort in einem vergitterten Raum unter massivem psychischen Druck vernommen und noch am gleichen Tage in einem US-Militärflugzeug in die USA ausgeflogen. In einem geheimen Gerichtsverfahren wurde er in den USA wegen seiner früheren Tätigkeit für die HV A des MfS im Februar 1992 zu 38 Jahren Stra Haft verurteilt. Als deutscher Staatsbürger hätte er nach Artikel 16 des Grundgesetzes nicht an die USA ausgeliefert werden dürfen.

Ein faires Verfahren gegen ihn war in den USA – wie die exzessive Verurteilung bestätigt – ohnehin nicht zu erwarten. Es handelte sich also um eine illegale kidnapping-Aktion.

**War die BStU in diese Entführungsaktion involviert, hat sie den USA-Diensten belastendes Material geliefert oder wesentlich in anderer Weise die Rechte des Betroffenen verletzt?**

### **Frage 19:**

Durch die BStU, deren Zweigstellen und mit ihr kooperierenden Einrichtungen, werden ständig bzw. gelegentlich Führungen durch ehemalige Dienstgebäude, U-Haftanstalten und andere Immobilien des Ministeriums für Staatssicherheit organisiert. Zum Beispiel fand am 15. Januar 2018 eine Besichtigung von Teilen des Hauses 15 (ehem. Sitz der Hauptverwaltung A) im Komplex des MfS statt. Zur Besichtigung standen die Dienstzimmer der beiden ehem. Leiter der HV A, die Sauna und die Waffenkammer.

Besichtigung und Video-Übertragung zeigten zwei leere und zum Teil veränderte sowie zwischenzeitlich von der Deutschen Bahn genutzte Dienstzimmer. Gezeigt wurden

eine nach 28 Jahren Leerstand in desolatem Zustand befindliche Sauna und eine Waffenkammer ohne Waffen, also einfach nur ein leerer Keller.

**Weshalb werden derartige unrealistische, vom ehemaligen Zustand und der Wirklichkeit abweichende, zum Teil falsche Informationen enthaltende Veranstaltungen immer noch organisiert und durchgeführt? Meinen Sie nicht auch, dass diese so gezeigten ehemaligen Einrichtungen des MfS sich gegenüber denen der heutigen Dienste, z.B. der neuen BND-Zentrale aber auch gegenüber Ihrer Behörde, mehr als bescheiden ausnehmen?**

### **Frage 20:**

Die BStU hat wesentlich dazu beigetragen, nach 1990 die Entfernung der Mehrheit der DDR-Eliten aus verantwortlichen Positionen in Staat und Gesellschaft zu rechtfertigen und durchzusetzen. Heute sind nahezu alle wichtigen Positionen in Staat und Gesellschaft von Personen mit westdeutscher Sozialisation besetzt, und es ist festzustellen, dass sich dieser quasi koloniale Zustand reproduziert.

**Ist das nicht ein Grund zu der Feststellung: die BStU hat damit ihren Auftrag erfüllt und wird nicht mehr benötigt?**

### **Frage 21:**

Entgegen dem ursprünglichen Anliegen der Bildung der BStU und im Widerspruch zum „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (StUG) ist offenbar vorgesehen, diese für alle Zeiten zu einer Zentrale der „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, also der Anti-DDR-Propaganda zu entwickeln und dafür die überlieferten Materialien aller staatlichen Institutionen, der politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR zu missbrau-

chen. Große Personengruppen werden grundgesetzwidrig weiter ausgegrenzt und diskriminiert. Viele ehemalige DDR-Bürger fühlen sich weiter als Menschen zweiter Klasse. Damit wird die Spaltung Deutschlands weiter zementiert.

**Lässt sich auf diese Weise die innere Einheit Deutschlands herstellen bzw. wird dieses Ziel überhaupt verfolgt?**

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.  
Der Vorsitzende

Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien  
Frau Prof. Monika Grütters  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Berlin, den 21.10.2018

## **Kulturwandel in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**

Sehr geehrte Frau Grütters,  
im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Nr. 42 (Seite 42 ff.) vom 13.10.2018 ist in einem Artikel mit der Überschrift „Die Akte Knabe“ zu lesen: „Sie zeigen den Besuchern noch immer diesen Film, in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. 30 Minuten düstere Diktatur, mit Behauptungen, die wie Gewissheiten anmuten. Ein jahrzehntealtes Gerücht wird in dem Film kolportiert, die Stasi könnte bei Gefangenen Blutkrebs mit Röntgengeräten erzeugt haben, aufgebracht von ehemaligen Häftlingen, bis heute unbelegt.“

Hier irrt „Der Spiegel“. Dieses Gerücht ist seit vielen Jahren u.a. durch staatsanwaltliche Untersuchungen und eine eigens von der BStU eingesetzte Projektgruppe „Strahlen“ längst widerlegt.

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurden und werden also hunderttausende Besucher wissentlich und vorsätzlich belogen – und nicht nur in diesem Fall. Z.B. ist durch Video- bzw. Tonaufnahmen von Führungen der kreative Umgang mit der historischen Wahrheit bei einer Reihe von Zeitzeugen nachweisbar. In der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte werden per Bildwerfer in Endlosschleife die Namen und Vornamen

sämtlicher Mitarbeiter der Hauptabteilung Untersuchung und der Abteilung Untersuchungshaftvollzug des MfS mit Dienstgrad und Funktion an eine Wand projiziert, darunter auch Sekretärinnen, Kraftfahrer und das Pflegepersonal des Haftkrankenhauses. Verschwiegen wird allerdings, dass keine dieser Personen nach 1990 wegen Folter, Häftlingsmisshandlung oder gar Tötungsverbrechen angeklagt war oder gar verurteilt wurde, obwohl die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden geradezu begierig solche Fälle aufgegriffen hätten.

Während in der öffentlichen Berichterstattung die Namen selbst der schlimmsten Gewalttäter anonymisiert werden, werden hunderte Personen an den öffentlichen Pranger gestellt bei denen noch nicht einmal der Verdacht einer Straftat vorliegt. Ist die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eine Enklave im deutschen Rechtsstaat?

Bei dem angestrebten Kulturwandel ist also meines Erachtens die Verhinderung weiterer sexistischer Übergriffe der geringere Teil der zu lösenden Aufgaben. Vielmehr sollte wenigstens ein Minimum an Seriosität in der Arbeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen durchgesetzt werden.

Was übrigens Unterstellungen betrifft, die Ablösung von Herrn Knabe sei das Ergebnis einer linken Verschwörung, so bestätige ich Ihnen gern, dass Vertreter der Partei DIE LINKE zahlreiche und wiederholte Hinweise ehemaliger Mitarbeiter des MfS zu den unseriösen Praktiken der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen stets ignoriert und nie weiter verfolgt haben.

Hochachtungsvoll  
Hans Bauer

Kopien  
Kultursenator Herrn Klaus Lederer  
Frau Marianne Birthler

## **Zu den Teilnehmern des Gespräches bei Roland Jahn am 19.10.2018**

### **Bauer, Hans,**

Diplom-Jurist, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Jahrgang 1941, Rechtsanwalt, 1966-1990 Staatsanwalt, zuletzt Vize-Generalstaatsanwalt der DDR, Herausgeber und Mitautor der Bücher "Siegerjustiz?" (Kai Homilius Verlag 2003), "Grenzdienst war Friedensdienst (Spotless im Verlag Das Neue Berlin, 2011), Halt! Stehenbleiben! (edition ost 2016), "Staatsanwalt ohne Robe" (Verlag Wiljo Heinen 2017), **Vorsitzender der GRH**

### **Grimmer, Reinhard,**

Diplom-Jurist, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Dr. jur., Jahrgang 1942, Oberst a. D., MfS/AfNS 1960-1990, Offizier für Grundsatzdokumente (ZAIG), Herausgeber und Mitautor der Bücher „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“ (edition ost 2002), „Fragen an das MfS“ (edition ost 2010) sowie "Unbequeme Zeitzeugen I & II" (edition ost 2014 bzw. 2015), **Leiter der Arbeitsgruppe Sicherheit der GRH**

### **Rehbaum, Karl,**

Diplom-Staatswissenschaftler, Jahrgang 1937, Oberst a. D., MfS/AfNS 1955 - 1990, Er war der Führungsoffizier des DDR-Kundschafters Rainer Rupp und wurde u. a. deshalb 1994 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Mitautor der Bücher „Militärspionage: Die DDR-Aufklärung in Nato und Bundeswehr“, (Das Neue Berlin, 2011) und „Deckname Topas. Der Spion Rainer Rupp in Selbstzeugnissen,“ (edition ost, Berlin 2013), **Leiter der Arbeitsgruppe Kundschafter der GRH**

### **Schmidt, Wolfgang,**

Diplom-Kriminalist, Jahrgang 1939, Oberstleutnant a. D., MfS/AfNS 1957-1990, Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der HA XX, Mitautor der Bücher „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“ (edition ost 2002) und „Fragen an das MfS“ (edition ost 2010) Auf Intervention des Bundesverfassungsgerichtes 2018 vom Vorwurf der "Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" freigesprochen. **Geschäftsführer der ISOR e.V.** und Redakteur der Webseite [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de)

**"Der Freitag", 27.09.2018**

Karsten Krampitz:

## Der Kommandant muss abtreten

Hubertus Knabe ist nicht mehr Direktor der MfS-Opfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Sein Verständnis von Geschichtswissenschaft war seit jeher äußerst fragwürdig.

Hubertus Knabe ist Geschichte – gerade für einen Historiker ein bitterer Vorgang. Die *taz* schrieb in der Überschrift „Hubertus Knabe aus Knast entlassen“ – nach 17 Jahren! –, der Stiftungsrat habe die Reißleine gezogen nach all den Turbulenzen um AfD-Nähe, eine schwierige politische Prioritätensetzung und schließlich die Vorwürfe sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Die waren zwar gegen den Vizedirektor gerichtet, doch soll Hubertus Knabe seinen Stellvertreter durch aktives Wegschauen gedeckt und überhaupt in der Gedenkstätte einen „strukturellen Sexismus“ gefördert haben. Die Senatsverwaltung für Kultur teilte in einer Stellungnahme mit, der Stiftungsrat habe kein Vertrauen, „dass Herr Dr. Knabe den dringend notwendigen Kulturwandel in der Stiftung einleiten wird, geschweige denn einen solchen glaubhaft vertreten kann.“

## Thesen zu Hans Globke

Um es gleich vorwegzunehmen: Hubertus Knabe ist kein, wie es bei konservativen Journalisten jetzt heißt, „streitbarer Historiker“ – in der Geschichtswissenschaft ist er umstritten und zwar sehr umstritten. Wir wollen festhalten: dieser Mann hat einen Hans Globke zum „entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus“ erklärt. So geschehen 1999 im Buch *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*. Der spätere Staatssekretär im Bonner Kanzleramt habe in der NS-Zeit durch seine Interpretation der Nürnberger Rassegesetze Tausenden von sogenannten Mischlingen das Leben gerettet. Gibt es hierzulande und heute noch irgendeinen anderen Historiker, der Ähnliches behauptet? Und was seine angeblichen Verdienste im Umgang mit DDR-Vergangenheit betrifft, die der *Tagesspiegel* ihm im Rückblick zuschreibt: Das Niveau der Aufarbeitung wird nicht in Dezibel gemessen. Dem gesellschaftlichen Diskurs zur DDR-Geschichte hat Hubertus Knabe keinen Dienst erwiesen. Einem Historiker hat es darum zu gehen, andere zu überzeugen – nicht zu besiegen.

In Knabes Denken ist der SED-Staat ein statisches Gebilde, das sich seit den Fünfzigerjahren nicht wesentlich verändert hatte. Sein Mantra von der „kommunistischen Gewaltherrschaft“ macht es ihm unmöglich, die verschiedenen Entwicklungsphasen der DDR-Geschichte zu beschreiben. Hinzu kommt, dass sein Umgang mit den Quellen schon mal zu wünschen lässt. Die Thesen zu Globke etwa hat Knabe gar nicht erst versucht zu belegen. Offenbar ging es ihm allein darum, so der Historiker Klaus Bästlein in seinem aktuellen Buch *Der Fall Globke: Propaganda und Justiz in Ost und West*, die frühe Bundesrepublik von den Schuldvorwürfen aus der DDR zu entlasten. Ohnehin ist seine Prämisse von der flächendeckenden Unterwanderung der alten Bundesrepublik durch Stasi-Agenten sehr fragwürdig. Kritikern begegnete er Ende der Neunzigerjahre mit dem Verweis auf die Rosenholzdateien, die sich damals noch in US-amerikanischer Hand befanden. Wolfgang Wippermann, Geschichtspräsident an der Freien Universität Berlin, bezeichnete Hubertus Knabe in diesem Kontext als „Verschwörungsideologe mit

gewissen neurotischen Zügen“. Die Rosenholz-Dateien wurden 2003 der Bundesrepublik übergeben; sie enthielten keinerlei Protokolle einer West-Verschwörung. „Es handelte sich um einen gezielten Bluff“, sagt Wippermann.

Knabes Stern am Firmament der Aufarbeitung war dann auch zwischenzeitlich am Sinken. In der Stasi-Unterlagenbehörde war er irgendwann von Joachim Gauck als Sachgebietsleiter abgesetzt worden. Gaucks Nachfolgerin in der Behörde, Marianne Birthler, sollte ihn sogar feuern. Und das nicht allein, wie es auf Wikipedia heißt, einer „Parallelveröffentlichung“ wegen, weil Hubertus Knabe ein neues Buch über die Westarbeit des MfS im falschen Verlag herausbrachte – Marianne Birthler übte schwere Kritik an seiner Arbeit. Ihr ehemaliger Mitarbeiter habe in etlichen Fällen gegenüber westdeutschen Journalisten IM-Vorwürfe erhoben, die er nicht wirklich belegen könne. Will heißen: Selbst nach den Kriterien der Stasiunterlagenbehörde war Hubertus Knabe ein unseriöser Historiker. Birthler übrigens wird fortan die Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen beraten und unterstützen.

## Relativierung der NS-Geschichte

Unter Konservativen aber und ehemaligen SED-Gegnern erfreute er sich immer größter Beliebtheit. Schließlich ging es ihm nicht nur um die Anerkennung der SED-Opfer, sondern gleichermaßen um ihre Gleichstellung mit den NS-Opfern – was unterm Strich auf eine Relativierung der NS-Geschichte hinauslief. Vergleichen kann man nur, wenn man das Unvergleichbare (Holocaust und Vernichtungskrieg) ausspart. Die Art und Weise seiner Inszenierung und die Vielzahl seiner Publikationen, die allesamt ohne Zwischentöne den Unrechtsstaat DDR anprangerten, aber vor allem die Unterstützung durch die SED-Opferverbände verhalfen ihm 2001 zur Berufung als Direktor der MfS-Opfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Unter seiner Ägide wurden wie nie zuvor (übrigens auch im Vergleich mit anderen Gedenkstätten wie Bautzen II) ehemalige Häftlinge in die Erinnerungsarbeit mit einbezogen. Im einstigen Stasi-Knast führen keine Historiker die Besucher durch die Gänge, sondern grundsätzlich Zeitzeugen. Die Gedenkstätte ist ihr Sprachrohr, wohingegen das normale Kerngeschäft einer Gedenkstätte – Forschung und Dokumentation wie auch die Vermittlung der Geschichte nach wissenschaftlichen und pädagogischen Standards – vernachlässigt wurde. Daher ist es mit dem Renommee der Gedenkstätte unter Fachkreisen nicht weit her.

Die Kulturwissenschaftlerin Carola S. Rudnik wurde vor einigen Jahren zur Arbeit der DDR-Gedenkstätten promoviert. In ihrer viel beachteten Dissertation stellt sie Hubertus Knabe ein schlechtes Zeugnis aus: Er betreibe „pro-aktiv“ eine antikommunistisch gefärbte Geschichtspolitik. Dem Zeitzeugenangebot seiner Einrichtung fehlten begleitende, objektivierende Informationsmaterialien und Ausstellungen, die die opferzentrierte, monoperspektivische Geschichtsvermittlung in einen übergeordneten historischen Kontext setzten.

## Eine einstimmige Kündigung

Lange Zeit schien Hubertus Knabe gegen Kritik immun zu sein. Jegliche Beanstandung seiner Arbeit wurde als Opferverhöhnung diskreditiert. Er war nicht nur Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, er war ihr Kommandant. Einer, der schon früh mit dem Schlimmsten rechnete. Im Juni 2001 sprach er in der Berliner *Morgenpost* über seinen Verdacht, „dass es politische Tendenzen gibt, mich aus diesem sensiblen Bereich zu entfernen. Offenbar setze ich mich zu sehr für die Opfer des DDR-Geheimdienstes und die Aufklärung des Stasi-Einflusses auf den Westen ein... Ich hatte vermutet, dass man mich bekämpfen werde. Dass es aber soweit gehen würde, konnte ich nicht ahnen.“

Und dann kam alles ganz anders. Dem Stiftungsrat, der nun die Kündigung einstimmig beschlossen hat, gehört auch ein Vertreter der SED-Opfer an. Dieter Dombrowski, der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, ist jeder Nähe zur Linkspartei unverdächtig. Das Gleiche gilt für Birgit Neumann-Becker, die Magdeburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder auch für Maria Bering, die dem Gremium im Auftrag der Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) angehört.

Erst im August hatte der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk der *Berliner Zeitung* ein Interview gegeben. Der Projektleiter der Abteilung Bildung und Forschung der BStU-Behörde fand darin deutliche Worte in Richtung Hohenschönhausen: „Die wichtigste Berliner Gedenkstätte für die Verbrechen des Kommunismus wird seit Jahr und Tag wie ein Privatverein von Knabe geführt. Alle wissen das, und keiner schreitet ein.“ Das ist jetzt geschehen.

**Karsten Krampitz ist Historiker und Schriftsteller.** Er veröffentlichte unter anderem das Buch *1976. Die DDR in der Krise*. Am Mittwoch, 3. Oktober 2018, sendet der Deutschlandfunk um 9. 30 Uhr seinen Essay zur Erinnerungspolitik „Die DDR neu erzählen“.

## **MARX 1875**

Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. MEW 19/21



**DIE LINKE / KPF**

**Chemnitz Heft 4 / 2018**

**2018**

**Richtig oder falsch?**

# **Die Augen der Justiz**

**Das rechte und das linke Auge.**

Aus einer Einladung 2003 der Friedrich-Ebert-Stiftung ( SPD ) zur juristischen Aufarbeitung von NS-Staat und DDR:

**„Sehen wir uns einige Fakten an: Von den annähernd 60.000 Todesurteilen der NS-Zeit ist kein einziges gesühnt worden.**

**Dagegen sind 32 Juristen der DDR wegen Rechtsbeugung verurteilt worden, die meisten von ihnen wegen Verhängung**

**von Freiheitsstrafen. Nach 1990 wurde ein Großteil der**

**DDR-Richter und Staatsanwälte entlassen, während nach 1945 die weitaus meisten NS-Juristen weiter amtieren und ihre**

**Karriere fortsetzen durften – darunter viele, die als**

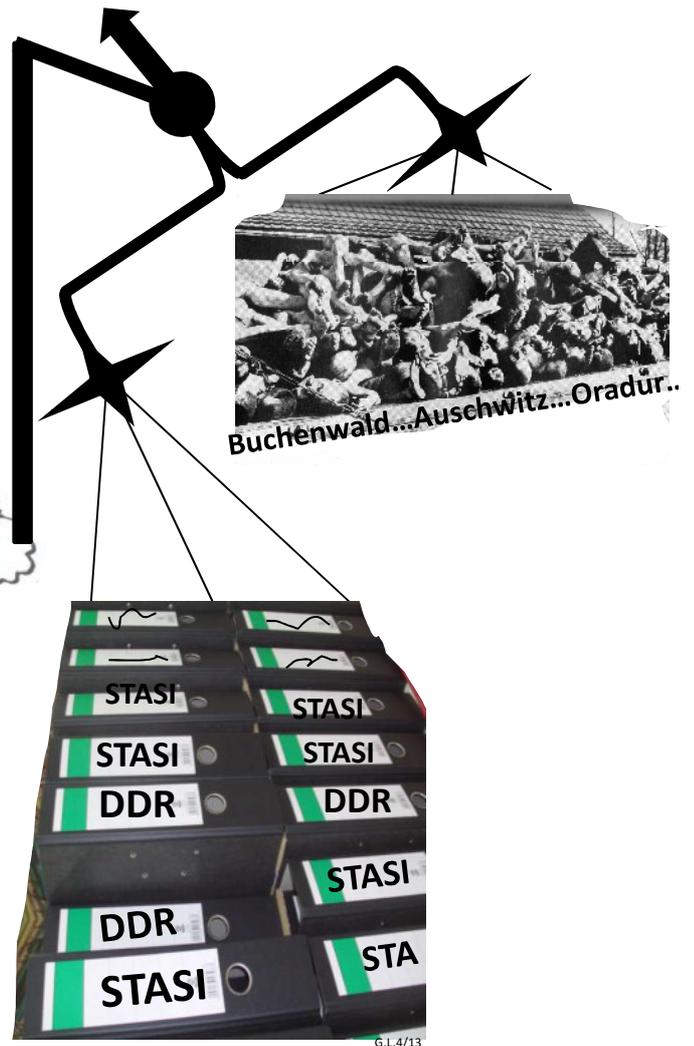
**Einzelpersonen in der NS-Zeit mehr politisch motivierte**

**Todesurteile zu verantworten hatten, als die gesamte**

**DDR-Justiz in 40 Jahren.“**

Der Beitrag ist auch als Vortrag ( 80 Minuten ) möglich.

„Herr, sieh selbst, wie schwer  
die Aktenberge wiegen gegen  
die paar Toten!“



„Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus  
*in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das  
Nachleben faschistischer Tendenzen **gegen** die Demokratie.“

Prof. Adorno

1959

Vortrag „Aufarbeitung der Vergangenheit“  
Frankfurt/Main

## **Ungebremste Hetze gegen das MfS**

Im Anschluss an den 2. Teil des Spielfilms „Der Mordanschlag“, der den Mord am Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder zum Gegenstand hatte, wurde am 7.11.2018, 21:45 Uhr, im ZDF eine Dokumentation zum Film ausgestrahlt, die u.a. den Fragen nachging: „Wurde die RAF womöglich durch den Staatssicherheitsdienst der DDR unterstützt? Gab es Verbindungen zwischen RAF und Stasi über den Untergang des SED-Regimes hinaus?“

Wer den Film „Der Mordanschlag“ gesehen hatte, musste zu der Einschätzung kommen, dass das MfS RAF-Mitglieder ausgebildet, ausgerüstet, für Mordanschläge eingesetzt oder zur Ablenkung von eigenen Mordanschlägen – in welchem Auftrag auch immer - selbst nach dem Untergang der DDR benutzt hat.

Was die Dokumentation dazu an Fakten liefern konnte, war mehr als dürftig. Trotzdem wurde vom Journalisten Bütz Peters behauptet, dass RAF-Mitglieder ein bis zweimal jährlich in einem MfS-Objekt in Briesen an Waffen – auch an NATO-Waffen - ausgebildet und trainiert wurden.

### **Das ist eine bewusste Verfälschung der Tatsachen!**

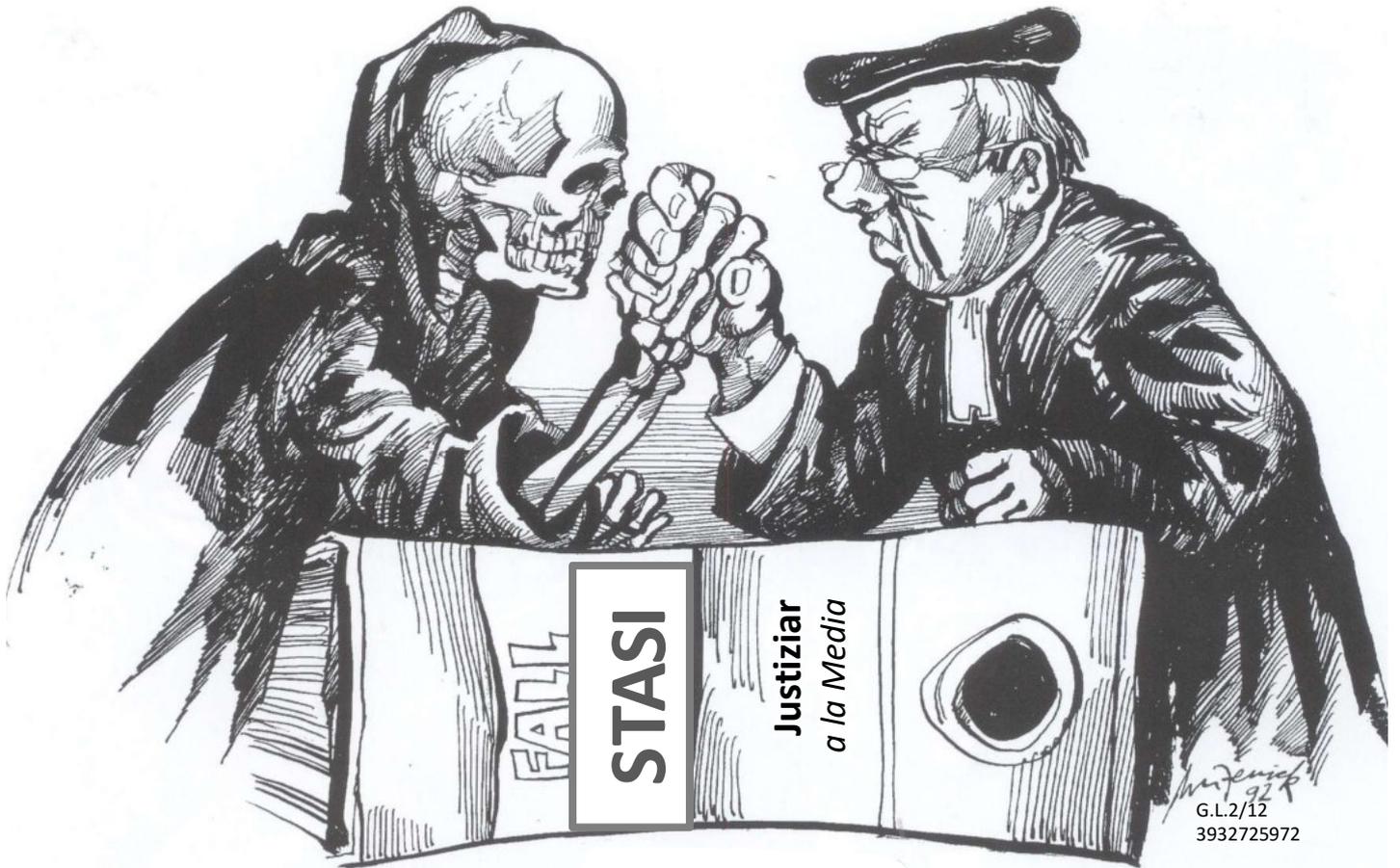
Wahr ist, dass das MfS RAF-Aussteiger in die DDR aufgenommen und mit neuen Identitäten ausgestattet hat. Wahr ist auch, dass solche RAF-Aussteiger zeitweise in einem konspirativen Objekt des MfS untergebracht wurden und hier mit ihnen in Schießübungen Anschläge in der BRD nachgestellt wurden. Also mit keinen aktiven RAF-Mitgliedern, sondern Aussteigern!

Das waren auch keine Trainings- oder Ausbildungsmaßnahmen. Vielmehr erhoffte sich das MfS davon einen Erkenntnisgewinn zur Qualifizierung der eigenen Terrorabwehr und ganz besonders des Personenschutzes für führende Repräsentanten und Staatsgäste der DDR.

Hätte das MfS RAF-Mitglieder für Einsätze in der BRD ausgebildet oder in die BRD geschickt, wäre das ein geradezu idealer Grund für Strafverfolgungsmaßnahmen nach 1990 gewesen. Auch heute noch könnten beteiligte MfS-Mitarbeiter wegen Beihilfe zum Mord strafrechtlich verfolgt werden, da Mord nicht verjährt.

Bis heute wurde kein einziger MfS-Mitarbeiter im Zusammenhang mit RAF-Aktivitäten rechtskräftig verurteilt. Der Hauptverantwortliche für die Terrorabwehr des MfS und damit auch für die Aufnahme der RAF-Aussteiger in die DDR, der Stellvertretende Minister, Generalleutnant Gerhard Neiber, wurde nach 1990 für 11 Monate in Untersuchungshaft genommen. Er wurde ohne Anklage wieder freigelassen und für seine Haftzeit entschädigt.

Am 5. März 1998 hob der Bundesgerichtshof ein Urteil gegen drei ehemalige MfS-Mitarbeiter auf. Sie wurden vom Vorwurf der Strafvereitelung freigesprochen, da es bei der Aufnahme von RAF-Aussteigern in die DDR nicht um Strafvereitelung sondern um die Verhinderung weiterer Verbrechen gegangen sei.



Lass mal einige STASI-Majore noch 40 Jahre leben. Bis dahin haben wir die DDR mit saftigen Medienfiktionen in deutschen Köpfen total zum „Pfui,pfui, pfui“ gemacht. Als Ausgleich machen wir mit dem Krieg weiter. Haste mehr davon. TOP!

**MITTWOCH 30.1.**

30.01.13

rtv-ost  
media group  
Nürnberg  
Redakteure (Text)  
**Oliver Kinser**  
**Sebastian Zapf**

**ARD** **ARD®**



**rtv TIPP**

Hauptmann Gödicke (Ronald Zehrfeld) scheint ratlos

**Mord in Eberswalde**

**TV-THRILLER** DDR, 1969: Das brandenburgische Städtchen Eberswalde wird durch einen Mord an zwei Neunjährigen erschüttert. Kripo-Hauptmann Gödicke versucht, sich in den Mörder zu versetzen, um den Fall zu lösen. Doch Stasi-Major Witt ordnet die Einstellung der Ermittlungen an. Als zwei Jahre später ein weiterer Junge tot aufgefunden wird, rollt man den Fall neu auf. – Intensive Verfilmung des wahren Kriminalfalls

20.15 TV-THRILLER

**Mord in Eberswalde**  
DDR, 1969. Kommissar Gödicke (R. Zehrfeld) sucht den Mörder zweier Jungen. Das Verhältnis zu Stasi-Major Witt ist nicht das beste.

**Ein STASI-Major konnte in der DDR die Ermittlungen der Kriminalpolizei in einem zweifachen Kindesmord einstellen lassen?**

ja  nein

**Warum nein?  
Wende das Blatt!**

## **Antworten wir zuerst der Lüge in der Fernsehbeilage (rtv-ost) der „Freien Presse“ :**

Kein Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ( MfS ), wie auch kein Mitarbeiter des Ministeriums des Inneren ( Mdl ) konnte in der DDR – **einfach so** - ein Ermittlungsverfahren einstellen. Der Dienstgrad des Mitarbeiters war bedeutungslos. Es war, wie auch heute in der BRD, einzig und allein der zuständigen Staatsanwaltschaft vorbehalten, die Aufsicht und Kontrolle über die Maßnahmen im Ermittlungsverfahren wahrzunehmen. Das galt für alle Ermittlungsverfahren, gleich, ob sie vom MfS oder der K durchgeführt wurden. Im angesprochenen Ermittlungsverfahren „Eberswalde“ wurden die Ermittlungen vom Mdl, Hauptabteilung K geführt.

Die Überschrift in der „Freien Presse“ ***Im Land der Totschweiger*** vom 30.01.2013 Seite A4 zur Vorstellung des Filmes „Mord in Eberswalde“ und das darunter gesetzte Bild eines brutal vorgehenden Kriminalisten der Volkspolizei, dem ein Stasi-Mann zusieht, vermittelt ein Bild völliger Gesetzeslosigkeit und Brutalität staatlicher Organe in der DDR. Dem Zeitungsleser springt nicht der angesagte Kern des Filmes, sondern der fiktive, der erdachte Rahmen des Filmes ins Auge. Das ist sicher gewollt, da es im Medienwald in gleicher Form hunderte Mal bei der Ankündigung dieses Filmes, in aalglatter PR-Reinheit, wiederholt wird. Und dann purzelt eine fiktive Lüge über die andere.

**„Während der engagierte Kommissar ... überzeugt ist, nach einem *homosexuellen Sadisten* zu fahnden, folgt sein Vorgesetzter, der Stasi-Major ... ideologischen Vorgaben: Krankhafte Kriminalität wächst exklusiv auf kapitalistischem Nährboden - im Sozialismus kann und darf es solche Triebtäter nicht geben.“**

Zuerst die Kleinigkeit. Vorgesetzte gibt es in jedem Organ, in jedem Amt ( NVA, Mdl, MfS, Zoll u.a. ). Wenn, wie im Fall „Eberswalde“, das Mdl, Hauptabt. K für die Ermittlung zuständig ist, kann keiner vom MfS reinquarken, geschweige „Vorgesetzter“ des ermittelnden Hauptmann der K sein. Würde, wie in diesem brisanten Fall, der die gesamte Bevölkerung Eberswaldes beunruhigte, das MfS hinzugezogen, dann, um mit seinen spezifischen Möglichkeiten die Ermittlungen zu unterstützen. Angeblich ist im Film ...“ Vorgesetzter des Hauptmann der K Gödicke, der Stasi-Major Witt“?! ... ein dramaturgischer Lapsus, oder eine gewollte Lüge?.

Zur zweiten Anmerkung. ... **„-im Sozialismus kann und darf es solche Triebtäter nicht geben“** ... Hier wird den Mitarbeitern des MfS völlige Unkenntnis von forensischer Psychologie, dilettantisches Vorgehen, ( noch nie was von Sadismus gehört? ), unterstellt, um das heute staatlich verordnete Bild über die DDR und ihre Sicherheitsorgane dramaturgisch geschickt einzubauen.

Das Fach Kriminalistische bzw. Operative Psychologie war fester Bestandteil der Ausbildung, sowohl an der Fachschule der Kripo in Aschersleben, an der Sektion Kriminalistik der Humboldt Universität Berlin und der Juristischen Hochschule des MfS.

Anscheinend war es wohl nicht sinnvoll ( ?? ), wenn sich die Filmemacher unter [www.gerichtspsychatrie.de](http://www.gerichtspsychatrie.de) mit der wissenschaftlichen Darstellung des Falles „Erwin Hagedorn“ vor dem „Dreh“ oder mit den noch lebenden Zeitzeugen der Sonderkommissionen vertraut gemacht hätten? Von **„Dabeigewesenen“** wären Fragen zum Zusammenwirken in Eberswalde zwischen Volkspolizei und MfS, zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Einbeziehung von Professor Hans Szewczyk in die forensisch-psychologische Bewertung und Begutachtung des Falles sowie dessen Erstellung des Täterprofils gewiss authentisch beantwortet worden.

Die Zielstellung des Filmes war aber scheinbar nicht die spannungsgeladene Rekonstruktion des Kriminalfalles „Erwin Hagedorn“, sondern eine schäbige politische Karikatur des MfS in Gestalt des

„Stasimajors Witt“. Und dessen „Psyche“ stand augenscheinlich fest. Diesen „Monstern“, wie auch dem „Unrechtsstaat“ DDR kann man fiktiv alles unterstellen.

**Im Land der Totschweiger** wurde aus 300 Mitarbeitern und Spezialisten der Kriminalpolizei aus der ganzen DDR eine Sonderkommission gebildet und in Eberswalde konzentriert. Es wurden Flugzettel, Plakate gedruckt und die Bevölkerung intensiv in die Ermittlungen einbezogen.

Brav schreibt die „Freie Presse“ aus dem PR-Ticker ab ... **„Mord in Eberswalde“ ist ein ebenso zurückhaltend wie gewissenhaft erzähltes Kriminaldrama ... Vor dieser Kulisse streiten mit gut und schlecht sitzendem Anzug zwei Polizeibeamte um das Vorgehen in einem ... Mordfall.“**

So **„gewissenhaft“** recherchiert wie diese Zeilen des PR-Artikels aus der „Freien Presse“ - Beamtentum hat es weder beim Mdl noch im MfS gegeben - ist dieser Film bereits im Drehbuch arg beschädigt worden. Dass die Ermittler neben der Kindesleiche sich genüsslich eine Zigarette anzünden und damit gegen elementare Grundregeln der Tatortuntersuchung verstoßen, ist als dummes Klischee auch bei anderen Filmen zu sehen und muss vom ahnungslosen Zuschauer offenbar als übliche Realität hingenommen werden.

Wenn sich aber die Figuren Gödecke und Witt vor versammelter Mannschaft und dann in einer Gaststätte, wo sie bekannt sind, körperlich auseinandersetzen, ist dies höchst wirklichkeitsfremd, klischeebeladen und sicher einer der hintergründigen Zielstellungen des Filmes geschuldet.

Primitiver als - **„im Kampf des gut sitzenden gegen den schlechtsitzenden Anzug“** - wird auch im Dschungelcamp nicht agiert. Auch das Ausreizen niedriger menschlicher Instinkte kann man mit dramaturgischer Erhöhung begründen. Darum wird wohl das Dschungelcamp auch mit dem „Grimme“-Preis ausgezeichnet?

Sicher wären ohne diese und weitere ähnliche Szenen, um die Verworfenheit der Mitarbeiter der DDR-Sicherheitsorgane und des ganzen „Unrechtsstaates“ darzustellen, die Fördergelder der Auftraggeber nicht geflossen. Die 450.000 Euro Fördermittel der Film- und Medienstiftung NRW sind schließlich kein Pappenstiel.

Um Tacheles zu reden:

„Stasi-Major“ Witt wäre mit seiner Handlungsweise postwendend zur Abteilung Disziplinar bestellt worden, mit dem Ergebnis Degradierung oder Entlassung aus dem MfS wegen Schädigung des Ansehens.

Prof. Szewczyk hat den ähnlichen Fall Bartsch aus der BRD in die Ermittlungen eingebracht. Die im Film konstruierte Szene mit dem „Spiegel-Heft“ bestätigt grotesk die schon mehrfach vermutete wirkliche Zielstellung des Filmes. In der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS wurden täglich alle bedeutsamen Medien der BRD, darunter auch der „Spiegel“, ausgewertet und die Ergebnisse den Leitern der Dienstseinheiten zur Verfügung gestellt. Scheinbar wussten das die Filmemacher trotz der vielen vorhandenen Archivakten nicht?

Man kann das Anliegen des Filmes nicht konzentrierter und treffender ausdrücken als die Katechetin und frühere Leiterin der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, **Frau Birthler**, im **„Rheinischer Merkur“** Nr.24/2003

**„Der Geist eines Systems hält länger als das System selbst. Wichtig bleibt das Anliegen, das Bild der DDR nicht einer Verklärung auszuliefern und Menschen, die sich diskreditiert haben, von der Macht fern zu halten. Es geht um die Frage, was unseren Enkeln einfällt, wenn sie das Wort DDR hören. Als erstes wohl: Die Mauer. Was aber wird der zweite, dritte, vierte Begriff sein? Stasi? Diktatur? Oder werden sie sagen: Vollbeschäftigung, Ruhe, und Ordnung? – Darum wird gekämpft!“**

Zehn Jahre später, im Januar 2013, lesen wir im „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ( Seite 16 )

**„Einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland wird es auch über 20 Jahre nach dem Ende der DDR nicht geben.“**

Welch schöne Aussichten für die Filmkultur Deutschlands und den Griff in ihre Fördertöpfe!

**W.H.**

Februar 2013

# Staatssekretär des Tages: Andrej Holm

Michael Merz

---

Da hatten sie ihn endlich, den »Stasi-Skandal« in Berlins neuer Regierung. Andrej Holm kann noch so sehr zu Kreuze kriechen, aber dass er als 18jähriger im Spätsommer 1989 für ein paar Wochen die Grundausbildung im Wachregiment »Feliks Dzierzynski« absolvierte, wird wohl auch noch auf seinem Grabstein stehen müssen.

Es sind die üblichen Verdächtigen, die vor der Ernennung des Stadtsoziologen der Humboldt-Universität zum Staatssekretär unter Bausenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) Gift und Galle spucken. Florian Graf, nach der Rückgabe seines Dokortitels aufgrund eines Plagiatverdachts 2012 endlich mit einer Karriere als CDU-Fraktionschef gesegnet, sieht einen »Affront«. Sein FDP-Kollege Sebastian Czaja, Mitgründer der »Liberalen Immobilienrunde« und vielfältig mit dem Bau-Business verbandelt, erklärte laut *B. Z.*: »Mit der Personalie Holm kommt die Stasi zurück in die Berliner Wohnungen«. Georg Pazderski (AfD), der die Lösung der Wohnungsmisere darin sieht, dass jeder seine vier Wände kauft, schäumte: »Schande für Berlin«. Und natürlich beeilte sich auch der Hüter des Horrorkabinetts in Hohenschönhausen ein, nein, -zig Statements zu plazieren. Für Hubertus Knabe ist Holm ein »Tabubruch«. Der Westler kann den DDR-Bürgern wieder einmal ausschweifend erklären, wie es wirklich damals war. Flankiert werden die Tiraden von den Boulevardzeitungen der Stadt, die Krönung lieferte der *Berliner Kurier* mit der Überschrift »Milkes Leibstandarte« (sic!).

Das hat Andrej Holm nun von der Offenheit, mit der er sein Leben in der DDR stets thematisierte. Am Dienstag ist der profunde Kritiker realkapitalistischer Gewinnmaximierung in der hauptstädtischen Immobilienwirtschaft zum Staatssekretär berufen worden. Berliner Mieter können hoffen. An dieser Stelle sagen wir einfach mal: Viel Erfolg, Andrej Holm!

---

<http://www.jungewelt.de/2016/12-14/044.php>

Wir schreiben das 24. Jahr

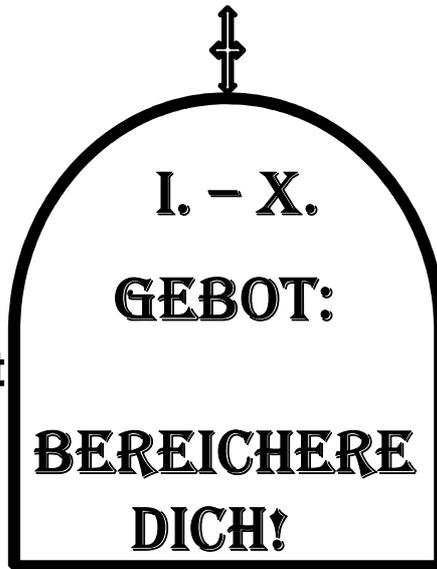
## „Deutschland einig Vaterland“

Deutscher, Michel geb. 1. April 1970 in Karl-Marx-Stadt, träumte 2014 in den sächsischen Landtag gewählt zu sein.



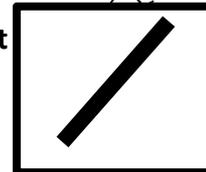
**„Ihre Familie hat vor 40 Jahren Tür an Tür mit einem STASI gewohnt! Sie sind mit dessen Sohn in den Kindergarten gegangen! Igittigit! Sie haben mit dieser Familie vor 25 Jahren beim Hausfest zwei Glas Bier getrunken und eine Roster gegessen! Das haben sie im Auskunftsbogen verdrängt! Sie haben den deutschen Wähler betrogen! Unsere Demokratie und das gesunde deutsche Volksempfinden sagt – legen sie ihr Mandat nieder! Aber hopp, hopp! Waaas? Grundgesetz – papperlepapp, sie, sie ...“** Die Stimme erstickte im Geifer. Erschrocken legte Michel sein Mandat nieder. Musst eben noch viel in der Demokratie lernen, sagte er sich.

**1990 - 2015**  
**25 Jahre Deutsche Einheit**  
**3. Oktober**

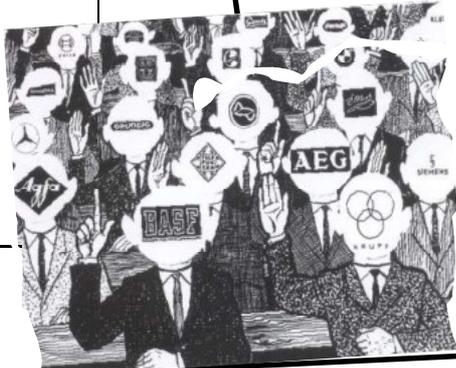


Die Zahl deutscher Millionäre ist von 1990 = 120 Tausend auf 2013 = 1 Million gestiegen.

Die **Dividende 2013** der zehn Familien Quandt; Porsche; Merck; Klatten; Reimann; Kühne; Jacobs; Siemens; Thiele; Henkel beträgt 2 Milliarden 390 Millionen. Das entspricht dem jährlichen Regelsatz von 512 000 Hartz- IV-Empfängern. Die Gelder für die Kriegsflüchtlinge hat der gemeine Steuerplebs aufzubringen. Der hat ja auch die Kriege angezettelt und mit Waffenlieferungen angeheizt.



*Wir sind das Volk*



F.Springer	F.Merz	L.Mohn	O.Henkel
W.Riester	K.Zumwinkel	J.Fischer	
B.Rürup	M.S. Gorbatschow	P.Hartz	
J.Ackermann	H.Kohl		
H.Genscher	D.Hundt	G.Schröder	

**Ehrengäste**



**LINKE, LINKE** das Ist kein Spiel  
**LINKE, LINKE** ihr Seid noch zu viel  
 An die Laternen  
 Wir hatten's versäumt  
 In Deutschland wird  
 Endlich aufgeräumt!





AUFESCHWUNGE



..... „unseres Erachtens muss eine Regelung gefunden werden, damit die von den Beschäftigten der ehemaligen Deutschen Reichsbahn rechtmäßig erworbenen Ansprüche und Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung Deutsche Reichsbahn anerkannt und ausgezahlt werden“.  
(Auszug aus Schreiben vom 02. Juni 2000 der Vorsitzenden der CDU, Dr. Angela Merkel, an G. Ostermann, GdED)



„Wiedervereinigtes Deutschland: Volle Nutzung des Vermögens der Deutschen Reichsbahn! Aber noch immer Rechtsbruch bei der Wiedergewährung der Altersversorgung für die Reichsbahner“

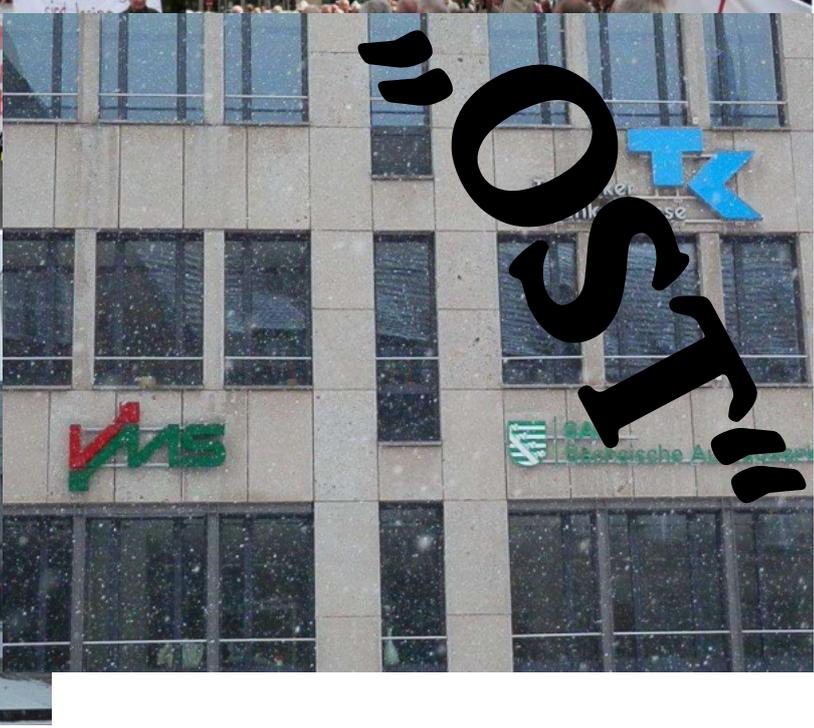
Frau Bundeskanzlerin, handeln Sie !



"Gegen Enteignung der Mitarbeiter der ehemaligen DR"



Protestdemo am



ÖST

# ANMERKUNGEN

## Moment mal...

WER?



WARUM?



Oktober 2018



Die Feiern zum Jahrestag der DEUTSCHEN EINHEIT sind in diesem Jahr nicht immer und überall, zumal im Osten, so opulent ausgefallen. Woher kommt das? Petra Köpping, Integrationsministerin in Sachsen in einem nd- Interview:



Sie sucht zu erklären, was die »Entwertung« ihres Lebens bei Menschen bewirkt - eines Lebens, das sie laut offizieller Geschichtsschreibung in einem »Unrechtsstaat« verlebt haben sollten, was aber der eigenen Erfahrung oft nicht entspricht.

Hier zu fragen ist:

1.

Warum hatten die vermeintlichen Sieger so große Spielräume? Wer hat ihnen 89/90 so weit die Tore im Osten aufgerissen? - Welche Rolle spielten die Konvertiten?

2.

Ein Loch in der Deutschen Fahne - Wieso?  
Was kommt nach dem dreißigjährigen Feldzug gegen den »Unrechtsstaat DDR & Stasi«?



Zur Historie des Bildes:  
 Der „aufhaltsame“ Aufstieg Deutschlands Anfang des 21. Jahrh. zur angedachten Weltmacht. Versuch Nr. 3; Anzahl der Versuche: 3 Nach Versuch Nr. 3 im Auftrag des „Imperiums“ wird Deutschland, wie einst Karthago, nicht mehr auffindbar sein. Einen ganz kleinen Blick auf die Entwicklung haben wir in unseren Heften eins bis sieben / 2018 bebildert.

# „Die Vasallin“

Unbekannter Künstler Anfang des 21. Jahrh.  
 Stiftung Künstlerkreis „Transatlantiker“



DIE LINKE / KPF  
 Chemnitz Heft 1/2018  
 „Bildgedanken“

Es ist die alte Illusion, dass es nur vom guten Willen der Leute abhängt, die bestehenden Verhältnisse zu ändern ... Diese idelle Erhebung über die Welt ist der ideologische Ausdruck der Ohnmacht der Philosophen gegenüber der Welt. Ihre ideologischen Phrasen werden jeden Tag durch die Praxis Lügen gestraft.



DIE LINKE / KPF  
 Chemnitz Heft 2 / 2018

Die ganze Weisheit unserer Staatsmänner läuft auf eine große Übertragung von



Eigentum von einer Klasse von Personen auf eine andere hinaus.

## Die Beitrittsbürger und ihr Eigentum im Rechtsstaat

Die Nachkriegszeit bis zur „Wendezeit“  
 „Wendezeit“

Eine kleine, gut verständliche Aufarbeitung dieser Zeiten. Sie enthält viele weiterführende Hinweise. Wir danken Dieter Bauer für die Nutzung seiner Ausarbeitungen.

MARK 1875  
 Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.



DIE LINKE / KPF  
 Chemnitz Heft 4 / 2018

2018  
 Richtig oder falsch?

## Die Augen der Justiz

Das rechte und das linke Auge.

Aus einer Einladung 2003 der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) zur juristischen Aufarbeitung von NS-Staat und DDR: „Sehen wir uns einige Fakten an: Von den annähernd 60.000 Todesurteilen der NS-Zeit ist kein einziges gestützt worden. Dagegen sind 32 Juristen der DDR wegen Rechtsbeugung verurteilt worden, die meisten von ihnen wegen Verhängung von Freiheitsstrafen. Nach 1990 wurde ein Großteil der DDR-Richter und Staatsanwälte entlassen, während nach 1945 die weitaus meisten NS-Juristen weiter amtierten und ihre Karriere fortsetzen durften – darunter viele, die als Einzelpersonen in der NS-Zeit mehr politisch motivierte Todesurteile zu verantworten hatten, als die gesamte DDR-Justiz in 40 Jahren.“

Der Beitrag ist auch als Vortrag (80 Minuten) möglich.



## Schwerter zu Pflugscharen

Wohin sind die Kämpfer mit den Pflugscharen gezogen, wo rufen sie nach Frieden? Gehen wir auf Suche.

Der Beitrag ist auch als Vortrag (40 Min.) möglich.

Die Hefte 2 (45 Min.); 3 (60 Min.); 4 (80 Min.) sind auch als Vortrag möglich. (kontakt@linkesufer.de)

## Die AUFGEMERKT & ANGEMERKT

Beiträge sind von den Freunden Freundeskreis – Neue Zeit – Geschichte Chemnitz zu beziehen über [kontakt@linkesufer.de](mailto:kontakt@linkesufer.de) veröffentlicht in [www.linkesufer.de](http://www.linkesufer.de) Rubrik Gedanken zur Gesellschaft

Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreiben die Erziehung dem Einfluss der herrschenden Klasse.



DIE LINKE / KPF  
 Chemnitz Heft 5 / 2018

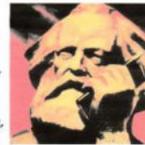
## Standpunkt eines Andersdenkenden

„Die Zentren des Informationskrieges“

Dr. Wolfgang Schacht

... für die geplagte Jugend, die keine Zeit mehr hat zu lesen, die mit einem Klick alles verstehen und begreifen muss. Auf Ihrem iPad haben Sie die Apps, in meinem Beitrag – die Symbole mit einem sehr kurzen Text. ...

Jede Forderung der einfachsten bürgerlichen Finanzreform, des ordinarsten Liberalismus, des formalsten Republikanismus, der plattesten Demokratie, wird gleichzeitig als „Attentat auf die Gesellschaft“ bestraft und als „Sozialismus“ gebrandmarkt.

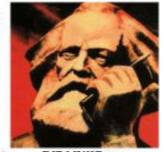


DIE LINKE / KPF  
 Chemnitz Heft 6 / 2018

## Der Naumburger Spruch

Die Machthaber des „Unrechtsstaates DDR“ geboten ihren Untertanen Antifaschismus. Mit einem „Jahrhunderturteil“ hat das „westdeutsche Oberlandesgericht“ für Sachsen-Anhalt damit Schluss gemacht. Vorweillert schrieb er, der NPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Burgenland und ehemaliger SPD-Bürgermeister im sächsischen antifa-Bündnis Krawatschitz, in dem Gerichtsbescheid: „Wären denn nationalsozialistische Richter die letzten unabhängigen Richter in diesem Land?“ Das war im Oktober 2014. Keine Sorge, Er hat sie wiedergefunden ....

Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen, die noch lange nicht erschöpft sind.



DIE LINKE / KPF  
 Chemnitz Heft 7 / 2018

## Gedanken zum 3. Oktober im Deutschland des 21. Jahrhunderts.

Das ein solcher Staat notwendig nicht einer ist sondern zwei; den einen bilden die Armen, den anderen die Reichen, welche beide immer jedoch sich gegenseitig aufbauend zusammenwachsen. Platon, Der Staat

Die voran gesetzten Rahmenreien sind von Marco Tschäpke